



Eritreer haben kürzlich in Bern gegen die Passbeschaffungspflicht protestiert. Bild: Anthony Anex/Keystone

Plötzlich Besuch vom Regime des Diktators

Ein Eritreer lehnt sich gegen die Diasporasteuer auf – bis er eine Warnung erhält. Jetzt fordern Landsleute Massnahmen.

Kari Källin

Abraham (Name geändert) sei bereit. Bereit, zu erzählen, wie die eritreische Botschaft in Genf gegen Eritreer in der Schweiz vorgeht, die sich weigern, die sogenannte 2-Prozent-Diasporasteuer zu entrichten. Mit dieser Mitteilung gelangte der eritreische Medienbund an CH Media.

Dann macht Abraham einen Rückzieher. «Er legt besonderen Wert auf die Sicherheit seiner Familie. Er hat Alpträume, weil er befürchtet, dass seine Eltern in Eritrea verfolgt werden können», sagt Shalom Habte vom eritreischen Medienbund. Abrahams Geschichte könne auch ohne direkten Kontakt zu ihm erzählt werden.

Also springt Habte in die Bresche. Er flüchtete 2012 in die Schweiz und führt in nahezu akzentfreiem Berndeutsch aus, dass sich Abraham selbst in der Schweiz nicht mehr sicher fühle vor dem Regime des Langzeitdiktators Isayas Afewerki. Abraham erhielt in der Schweiz zunächst die vorläufige Aufnahme. Als er – erfolgreich – eine Aufenthaltsbewilligung beantragte, musste er den Schweizer Behörden einen eritreischen Pass vorlegen. Wer sich dieses Dokument beschaffen will, der muss gezwungenermassen die eritreische Botschaft in Genf aufsuchen.

Das Regime nützt diese Kontaktaufnahme aus. Es verlangt unter anderem, dass die Eritreer jährlich zwei Prozent ihrer Einkünfte in der Schweiz ans Regime überweisen – rückwirkend notabene. Die 2-Prozent-Steuer ist eine lukrative Einnahmequelle für den ostafrikanischen

Staat, der diplomatisch völlig isoliert ist, wirtschaftlich darbt und seine Bürger auf unbefristete Zeit für den sogenannten Nationaldienst einzieht.

Behörden verhören Abrahams Eltern

Abraham zahlte die 2-Prozent-Steuer, erhielt einen eritreischen Pass und die Aufenthaltsbewilligung für die Schweiz. Doch dann stoppte er die Zahlungen ans diktatorische Regime. In sozialen Medien engagierte er sich als Oppositioneller. Das alles hatte einen Preis, wie Shalom Habte erläutert. Die eritreischen Behörden hätten deswegen Abrahams Eltern in Eritrea besucht und sie verhört, auch zur Flucht ihres Sohnes nach Europa.

Abraham verstand das als Drohung und fürchtete, seine Liebsten könnten verhaftet werden. Willkür und Folter sind in Eritrea laut UNO-Berichten an der Tagesordnung. Abraham lieferte die Diasporasteuer wieder ab und löschte seine regimiekritischen Beiträge in den sozialen Medien. «Aus Angst vor den Auswirkungen auf seine Familie und sein Leben entschied er sich, das zu tun, was von ihm verlangt wurde», sagt Habte.

Abrahams Geschichte steht stellvertretend für ein Problem, mit dem sich eritreische Geflüchtete in der Schweiz konfrontiert sehen. Benötigen sie konsularische Dienstleistungen, haben sie wieder die Diktatur im Nacken. Habte sagt, der eritreische Staat verfüge in allen Kantonen über eine oder mehrere Personen, welche die Diasporasteuer eintreiben würden. Dies zu beweisen, sei jedoch schwie-

rig, die Aussichten auf ein erfolgreiches Strafverfahren seien gering. In der Tat nahm die Bundesanwaltschaft vor einigen Jahren ein Verfahren wegen verbotener Handlungen in einem fremden Staat gegen den eritreischen Honorarkonsul in Genf nicht an die Hand. Sie fand keine konkreten Hinweise, dass durch ihn Steuern eingetrieben würden. Einzahlungsscheine für diese Steuer abzugeben, stelle keine verbotene Handlung in einem fremden Staat dar.

Vor kurzem hat nun der eritreische Medienbund beim Haus der Kantone in Bern eine Petition zuhanden der kantonalen Migrationsbehörden übergeben, begleitet von einer Kundgebung auf dem Bundesplatz. Die Kernforderung: Die Pflicht, einen eritreischen Pass zu beschaffen, wenn etwa eine Heirat ansteht oder eine vorläufige Aufnahme in eine Aufenthaltsbewilligung umgewandelt wird, soll entfallen – weil die Betroffenen sonst wieder in die Fänge des Regimes gerieten und Angehörige in Gefahr brächten.

Mutmassliche Spitzel als Übersetzer

Der Medienbund verweist auf ein Urteil des deutschen Bundesverwaltungsgerichts, welches die Passbeschaffungspflicht als unzumutbar taxiert hat. Shalom Habte fordert zudem, dass die Schweiz Personen aus Eritrea generell als Flüchtlinge anerkennt, anstatt einigen von ihnen bloss eine vorläufige Aufnahme zu gewähren. Anerkannte Flüchtlinge erhalten einen Aufenthaltsstatus, ohne dass sie dafür bei der

Botschaft in Eritrea einen Pass beantragen müssen.

Das Staatssekretariat für Migration (SEM) sagt, es halte sich an die Rechtsprechung des Bundesverwaltungsgerichts. Dieses habe mehrfach festgestellt, es sei für vorläufig aufgenommene Personen aus Eritrea zumutbar, sich bei der konsularischen Vertretung um heimatliche Dokumente zu bemühen. Der Bundesrat bekräftigte diese Haltung in der Antwort auf einen parlamentarischen Vorstoss. Bei der Ausübung der Passhoheit habe der Herkunftsstaat einen erheblichen Gestaltungsspielraum.

Dass der lange Arm des eritreischen Regimes bis in die Schweiz reicht, ist bekannt. Im August enthüllte die «Schweiz am Wochenende», dass das Regime mutmasslich Spitzel in die Schweiz geschleust hat, die bei Asylbefragungen als Dolmetscher für das Staatssekretariat für Migration (SEM) arbeiten und sich so sensible Informationen beschaffen. Das SEM kündigte an, dies zu untersuchen.

Weitaus die meisten der rund 50 000 in der Schweiz lebenden Eritreer und Eritreerinnen sind vor der Diktatur geflohen. Doch hier und in Europa gibt es unter den Eritreern auch Personen, die Afewerki unterstützen. Im Sommer kam es in vielen Städten Europas und auch im zürcherischen Opfikon zu Auseinandersetzungen zwischen eritreischen Regimebefürwortern und Regimegegnern. Der eritreische Medienbund verlangt von Schweizer Behörden, dass sie als Festival getarnte Propagandaanlässe von regimetreuen Exilritreern künftig verbieten.

In letzter Minute: Weiterer Kandidat fürs Kanzleramt

Wer beerbt Walter Thurnherr? Mit Lukas Gresch steigt der vierte Spitzenkandidat ins Rennen.

Anna Wanner

Das gibt es selten genug in der Schweizer Politik: Lukas Gresch wagt etwas Neues. Er hat am Freitagnachmittag seine Kandidatur für das Amt des Bundeskanzlers eingereicht. Damit ist der aktuelle Generalsekretär des Innendepartements nicht nur spät dran – die Wahl findet in knapp zehn Tagen statt. Gresch kandidiert auch ohne Parteibuch. Ihm fehlt eine Fraktion im Rücken, die für ihn weibelt.

Koordinator und Kenner der Verwaltung

Dieses Manko ist ihm bewusst. «Das Vorgehen ist sicher neu», sagt Gresch. «Meine grosse Herausforderung wird es sein, eine Mehrheit von Parlamentariern von meiner Person und meinen Qualifikationen zu überzeugen.» Das müssen freilich auch die anderen. So präsentiert sich der Bundesversammlung eine hochkarätige Auswahl. Neben den beiden SVP-Mitgliedern Nathalie Goumaz, Generalsekretärin im Wirtschaftsdepartement, und Gabriel Lüchinger, Chef der Abteilung Internationale Sicherheit, greift auch der heutige Vizekanzler Viktor Rossi (GLP) nach dem Amt.

Ganz auf sich alleine gestellt, ist Gresch indes nicht. Gewichtige Fürsprecher unterstützen seine Kandidatur, darunter Mitte-Ständerätin Andrea Gmür. Sie sagt: «Lukas Gresch hat langjährige Erfahrung in der Verwaltung und ist breit akzeptiert.» Sie verweist auf seine «eindrückliche» Laufbahn.

Überparteiliches Luzerner Unterstützungskomitee

Gresch hat in drei verschiedenen Departementen gearbeitet. 2001 startete er im Aussendepartement und zeichnete sich zuständig für die Europapolitik, die er bereits als ehemaliger Generalsekretär der Neuen Europäischen Bewegung Schweiz (NEBS) eng begleitete. Drei Jahre später wechselte er als Referent von Joseph Deiss und später Doris Leuthard ins Wirtschaftsdepartement. 2006 kehrte er als stellvertretender Leiter der Europaabteilung des

Bundes zurück. Die letzten vier Jahre verantwortete er die Stabsstelle im Innendepartement von Alain Berset.

Lukas Gresch kann mit seiner Überparteilichkeit punkten, Hilfe erhält er nämlich auch aus dem linken Lager. Die Nationalräte Michael Töngi (Grüne) und David Roth (SP) halten den Luzerner für den geeigneten Kandidaten für das Amt. Dass der Support vorab aus dem Zentralschweizer Kanton kommt, ist kein Zufall. Bevor Gresch 2020 ins Innendepartement wechselte, amtierte er acht Jahre als Staatsschreiber in Luzern. Dort habe er sich als eine sehr besonnene, ausgleichende, kooperative und äusserst kompetente Kraft erwiesen, wie Gmür sagt. Töngi bestätigt, Gresch arbeite professionell und unaufgeregt.

SP-Nationalrat David Roth stellt ihm ebenfalls ein gutes Zeugnis aus. Im Kantonsrat habe er ihn als fair und unabhängig erlebt. «Nie hatte man den Eindruck, er würde eine bestimmte Partei bevorzugen.» Gresch habe den Kanton vorangebracht, ist Roth überzeugt. «Wir waren das erste Parlament, das papierlos arbeitete.» Dieser Antriebs würde auch Bundesbern guttun.

Konstellation für eine unabhängige Kandidatur

Bereits im Vorfeld wurde Lukas Gresch als Kandidat gehandelt. Was hat ihn nun kurzfristig dazu bewegt, sich zu bewerben? Da sei zum einen die persönliche Motivation. «Ich habe aber auch aus dem Parlament aus verschiedenen Ecken Zuspruch erfahren», sagt der 51-Jährige. Er verweist auch auf die aktuelle Konstellation, die für eine unabhängige Kandidatur spreche: Drei der vier Bundesratsparteien verzichten auf das Amt des Bundeskanzlers.

Gleichzeitig greifen die Grünen bei den kommenden Wahlen den FDP-Sitz an – und werden auch bei künftigen Vakanz ihren Anspruch auf einen Sitz in der Regierung erheben. Die Mitte zielt mittelfristig auf einen zweiten Bundesratssitz, wie Parteichef Gerhard Pfister unlängst erklärte. Gleichzeitig wollen SP und FDP ihre zwei Bundesratssitze halten. Sie vermeiden darum eine zusätzliche Überrepräsentation im Bundesratsszimmer.

Ob das Parlament einen Bundeskanzler ohne Parteibuch wählen wird? Die Luzerner Stimmen allein werden nicht reichen, um sich gegen die Konkurrenz aus GLP und SVP durchzusetzen. Andrea Gmür ist überzeugt: «In diesen politisch aufgeheizten Zeiten ist eine unabhängige Kandidatur ideal.» Für Gresch geht es zunächst aber darum, in den dicht geplanten Hearings der Fraktionen am Dienstagnachmittag jeweils noch ein Zeitfenster für seine Kandidatur zu erhalten.



Lukas Gresch, Generalsekretär im Innendepartement, will Bundeskanzler werden. Bild: key